



Landkreis Harz • Postfach 15 42 • 38805 Halberstadt

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Reiner Haseloff
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: Ir-her
Meine Nachricht vom:
Dezernat/Amt: Landrat
Bearbeiter:
Telefon: 03941 5970-4200
Fax: 03941 5970-4207
E-Mail: landrat@kreis-hz.de
Ort: 38820 Halberstadt
Straße: Friedrich-Ebert-Straße 42
Haus / Zimmer Nr.: I/230
Datum: 25.03.2020

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in diesen Tagen sind viele Probleme gleichzeitig zu lösen und alle Kräfte werden mobilisiert, damit wir die COVID19-Krise gemeinsam bewältigen. Es waren und sind einschneidende Maßnahmen erforderlich, um die Ausbreitung der Infektion zu verlangsamen und schließlich einzudämmen, von denen viele Menschen auch in unserem Land betroffen sind.

All Diejenigen, die politische Verantwortung tragen, müssen in kurzer Zeit Entscheidungen treffen, auch um Klarheit zu schaffen und Orientierungshilfe zu geben. Bei der Unsicherheit, die ohnehin herrscht, ist es besonders wichtig, eindeutig und abgestimmt zu agieren.

Nach der Schließung der Kindertagesstätten (bis auf die erforderliche Notbetreuung) sind Fragen gestellt worden, wie mit Kita-Gebühren und Elternbeiträgen umgegangen werden soll. Diese Schließung wurde mit heutigem Datum nochmal um eine Woche verlängert.

Nun gehen einzelne Bundesländer eigene Wege und je länger auf eine eindeutige Regelung verzichtet wird, umso größer wird der Druck auf die kommunale Ebene, auch Einzelentscheidungen zu treffen. Dies führt zu einer Ungleichbehandlung, die gerade in der Krise nicht hingenommen werden kann.

In dieser Gesellschaft ist jetzt Solidarität gefragt und keine Differenzierung der Gemeinden nach finanzieller Leistungsfähigkeit. Darüber hinaus gestattet nur eine verbindliche Rechtslage auch abgestimmtes Handeln. Auch nach der Krise sollten in der Not getroffene Festlegungen einer juristischen Überprüfung standhalten.

Wir alle wissen, dass nach dieser dramatischen Entwicklung wirtschaftliche Folgen auf uns zukommen. Auch unsere Bürgerinnen und Bürger werden davon betroffen sein. Deshalb muss sorgfältig entschieden werden, wo Prioritäten gesetzt werden.

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landkreises Harz fordern daher vom Land eine unverzügliche Lösung zur Erstattung der Kitabeiträge für Eltern, deren Kinder auf Grund des Erlasses des Sozial- und Gesundheitsministerium nicht mehr in den Kitas und Horten betreut werden dürfen und für alle Eltern, die in den systemrelevanten Berufen einer Tätigkeit nachgehen. Diese Lösung sollte für die Dauer der bestehenden Eindämmverordnungen und weiterer möglicher Einschränkungen angelegt sein. Die betroffenen Eltern erwarten aus Sicht der Bürgermeister zu Recht, dass hier eine sozialverträgliche Lösung geschaffen wird. Das Land Sachsen-Anhalt ist hier in der Pflicht schnell und unkompliziert eine Lösung für die Eltern zu schaffen. Ein Aussetzen von Gebühren, wie es einzelne Gemeinden derzeit praktizieren, verschiebt die Problemlage der Eltern nur in die Zukunft. Den Eltern jetzt die Kitagebühren auszusetzen und sie später doppelt zu belasten, kann nicht das Ziel sein.

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landkreises Harz sind sich einig, dass die betroffenen Familien in einer schwierigen Situation sind und Unterstützung benötigen. Gerade deshalb ist eine Lösung durch das Land, die dem Rechnung trägt und nicht auf später vertröstet, wichtig. Eine Lösung muss die Interessen der Eltern ebenso berücksichtigen, wie die Interessen der kommunalen und freien Einrichtungsträger

Mit freundlichen Grüßen

Skiebe

